

# VOICE

Die Zeitschrift der GfbV | Dezember 2023 | Nummer 4



**Menschenrechtsverbrechen bei Goldhandel im Sudan**

## Macht sich die Schweiz zur Komplizin?

**Goldhandel finanziert eine paramilitärische Gruppe im Sudan – und damit auch den Krieg, der seit bald einem Jahr im Sudan herrscht. Die Handelspartner:innen der Paramilitärs sind aufgrund der branchenüblichen Intransparenz nicht öffentlich bekannt. Recherchen legen nahe, dass sich beim verschwiegene Geschäft auch die Schweiz zur Komplizin macht.**

«Gold ist im Krieg im Sudan zum militärischen Ziel geworden», erklärt der sudanesischer Forscher Mohamed Salah Abdelrahman. Die paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) finanzieren sich seit Jahren mitunter durch ihren Einfluss und die Kontrolle über den Goldhandel im Sudan – einhergehend mit Menschenrechtsverletzungen und der Unterdrückung prodemokratischer Proteste. Nun ist Gold für die Paramilitärs

auch ein Mittel ihrer Finanzierung des offenen Krieges, der dieses Frühjahr im Sudan ausgebrochen ist und bereits über 7000 Menschenleben gekostet und mehr als vier Millionen Menschen in die Flucht gezwungen hat.

Seit Jahren nehmen der als Hemedti bekannte Kopf der RSF und sein Umfeld Schlüsselpositionen im Goldhandel ein. Das hat den Paramilitärs zu finanzieller Unabhängigkeit und zunehmender Macht verholfen: Mitunter sicherten sie sich die militärische Kontrolle der Jebel Amer Minen in Darfur und eine der grössten Goldhandelsfirmen im Sudan, al-Gunade, ist im Familienbesitz Hemedtis. Über diese gelangte Gold aus Darfur an die Sudanesischer Zentralbank und dann nach Dubai – und von dort mutmasslich auch in die Schweiz.



**GESELLSCHAFT  
FÜR BEDROHTE  
VÖLKER**



Ist es einmal eingeschmolzen ist es kaum möglich, die Herkunft des Goldes zu eruieren. Das liegt auch an fehlenden gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Seit dem Sturz al-Bashirs haben die Paramilitärs ihre Kontrolle des Goldhandels noch verstärkt, etwa indem sie ihren Einflussbereich auf die politische Sphäre und auf Minen ausgedehnt haben, die sich ausserhalb ihrer militärischen Kontrolle befinden. Ein Monat nach Kriegsausbruch fielen die Sudanesischen Goldraffinerie und die Goldvorräte der Sudanesischen Zentralbank in die Hände der Rapid Support Forces. Goldhandel mit dem Sudan bedeutet mit grosser Wahrscheinlichkeit Handel mit den Paramilitärs.

#### Internationaler Goldhandel mit Gold

Seit Jahren gelangt ein bedeutender Teil des Goldes auf Schmuggelrouten aus dem Sudan. Seit Beginn der Kämpfe sind es deren 90 Prozent, schätzen Expert:innen: Recherchen und die seltenen offiziell bestätigten Exportzahlen machen deutlich, dass ein bedeutender Teil des Goldes nach Dubai gelangen muss. In diesem Zusammenhang ist ein Unternehmen in unterschiedlichen Publikationen genannt: die in Dubai ansässige Kalotigruppe.

Die Kalotigruppe ist eine der weltweit grössten Goldraffinerien und -händler:innen. 2012 nahm die Kalotigruppe den Goldhandel mit dem Sudan auf und ist 2018 zur grössten Käuferin sudanesischen Goldes geworden. Gemäss Global Witness importierte die Kalotigruppe Gold von der Sudanesischen Zentralbank. Diese wiederum handelt unter anderem mit Gold aus Darfur und der Firma al-Gunade, die sich im Familienbesitz Hemedtis befindet. Die Kalotigruppe erlangte internationale Bekanntheit, da sie nicht nur mit Konfliktgold aus dem Sudan handelt, sondern auch mit Gold aus anderen Regionen, in denen Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Goldminen und -handel stattfinden – und dies zu verschleiern sucht.

#### Schweiz stellt Profite über Menschenrechte

In der beschaulichen Schweiz, mehrere tausend Kilometer von Dubai und den Kampfhandlungen im Sudan entfernt, befinden sich mehrere der grössten Goldraffinerien. Diese veredeln oder

handeln rund siebzig Prozent allen Goldes – auch solches, das sie aus Dubai bezogen haben. Die am Handel beteiligten Firmen und die genaue Herkunft des Goldes bleiben jedoch im Dunkeln.

Diese Intransparenz ist politisch geschützt: Forderungen nach mehr Transparenz auf dem Schweizer Goldplatz stossen bei Behörden auf so taube Ohren, dass die GfbV für Transparenz bis vor Bundesgericht ging (siehe Kasten). Manchmal bringen Recherchen diese dennoch ans Licht: Bereits 2018 deckte die Gesellschaft für bedrohte Völker auf, dass die Raffinerie PAMP mit grosser Wahrscheinlichkeit mit der Kalotigruppe handelte – was PAMP stets bestritt.

Und auch Valcambi unterhielt zumindest in der Vergangenheit Beziehungen zur Kalotigruppe. Das Unternehmen habe den Handel aber eingestellt, schrieb es in einer Mail an die Nachrichtenagentur Middle East Eye: Valcambi unterhalte «seit November 2019 keine Handelsbeziehung zu Kaloti» und habe «niemals Materialien aus dem Sudan bezogen». Medienberichte hingegen machten öffentlich, dass sich die Edelmetallkontrolle am 20. Dezember 2020 in einem Brief an die Tessiner Raffinerie besorgt zeigte: «Die geprüften Unterlagen zeigen auf, dass die Geschäftsleitung der Valcambi SA entschieden hat, die Geschäftsbeziehung mit Trust One aufrechtzuerhalten, obwohl bezogen auf MTM-Gold ein hohes Risiko betreffend die Herkunft des Goldes besteht». Valcambi bezog also gemäss Edelmetallkontrolle indirekt Gold von der Kalotigruppe: Die in Dubai ansässige Raffinerie MTM gehört der Kalotigruppe an, und niemand weniger als der Sohn des Kalotigründers sitzt im Vorstand der Londoner Handelsfirma Trust One.

Gold aus Dubai über London zu importieren ermöglicht, die UK als Herkunft der Importe angeben – und damit weder mit der Kalotigruppe noch dem Sudan in Verbindung gebracht werden. Doch es findet nicht nur indirekter Handel mit Raffinerien in Du-

bai statt: 2018 schrieb die Gesellschaft für bedrohte Völker in einem Bericht über die Geschäfte der Tessiner Raffinerien mit Dubai – darunter mit der Kalotigruppe. Im Jahr der Publikation sanken die Goldimporte aus der VAE beträchtlich, um sich danach wieder bei rund 7-8 Milliarden Franken jährlich einzupendeln. Dieses Jahr erreichen sie bereits nach den ersten acht Monaten fast sechs Milliarden Franken. Dass es anders geht, zeigt die Neuenburger Raffinerie Metalor: Sie bestätigte, dass sie aus Dubai grundsätzlich kein Gold mehr bezieht.

#### Das Problem hat System – Widerstand erschwert

Die Beteuerung Valcambis, niemals Materialien aus dem Sudan bezogen zu haben, lässt sich aufgrund der Intransparenz in der gesamten Handelskette – von Sudan über Dubai und London bis in die Schweiz – nicht überprüfen. Sie macht es unmöglich, die Herkunft des Goldes zu bestimmen. Und damit unmöglich, Unternehmen und Menschen zur Rechenschaft zu ziehen, deren Profite auf Menschenrechtsverletzungen beruhen. So kann Geld unbeobachtet an Gruppen wie die Rapid Support Forces fließen – und in die Kassen eines Krieges, der bereits tausenden Menschen das Leben gekostet hat und der dem jahrelangen Kampf für ein basisdemokratisch organisiertes Sudan herbe Rückschläge erteilt.

Text: **Reta Barfuss**, Praktikantin Kommunikation.

Bei Redaktionsschluss am 01.11. gingen der Krieg und die Kämpfe um die Kontrolle des Goldhandels unvermindert weiter und die Zahlen der Todesopfer stiegen täglich.

#### Enttäuschender Bundesgerichtsentscheid: Goldhandel bleibt undurchsichtig

Das Goldgeschäft ist absolut undurchsichtig: Weiterhin darf niemand wissen, mit welchen Handelspartner:innen Goldhändler:innen und Raffinerien geschäften. Das Bundesgericht hat am 15. November die Chance verpasst, dies grundlegend zu ändern und endlich für mehr Transparenz im Goldgeschäft zu sorgen.

Im Februar 2018 stellte die Gesellschaft für bedrohte Völker bei der Eidgenössischen Zollverwaltung ein Gesuch auf Einsicht in die detaillierten Zahlen zu den Goldimporten der Schweizer Goldraffinerien. Dies lehnte das Bundesgericht nun als letzte Instanz ab und sorgt dafür, dass sich die Goldraffinerien auch weiterhin hinter einem absurd weit gefassten Geschäfts- und Steuergeheimnis verstecken können. Damit verunmöglicht es, dass die Öffentlichkeit erfährt, mit wem die Raffinerien Geschäfte treiben und wie ernsthaft sie Sorgfaltsprüfungen durchführen.

## Editorial

*Der Goldhandel finanziert im Sudan eine paramilitärische Miliz mit: Diese hat einen Genozid in Darfur und die Unterdrückung prodemokratischer Proteste zu verantworten – und ist nun am Krieg beteiligt, der das Land seit mehr als sieben Monaten erschüttert.*

*Lesen Sie im Hauptartikel in dieser Voice, warum es nicht auszuschliessen ist, dass das problematische Gold aus dem Sudan auch in die Schweiz gelangt. Der internationale Goldhandel ist absolut intransparent, und auch hierzulande müssen Goldraffinerien die genaue Herkunft ihres Goldes nicht preisgeben. Um dies zu ändern, ging die GfbV bis vor Bundesgericht. Dessen Urteil vom 15. November macht deutlich: Handelsbeziehungen und damit die Intransparenz bleiben als Geschäfts- und Steuergeheimnis weiterhin geschützt.*

*Intransparent ist auch der Bundesratsentscheid zu China. Klammheimlich entschied er sich gegen die Übernahme der thematischen Sanktionen der EU gegenüber chinesischen Unternehmen und Einzelpersonen, die an schweren Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind. Warum der Entscheid doppelt mutlos ist, lesen sie in der News auf Seite 7. China steht auch auf Seite 4 im Zentrum: Dort geht es um die geschlechterspezifischen Folgen der chinesischen Politik der «langsamen Auslöschung», welche die Menschenrechte uigurischer Frauen massiv verletzt.*

*Menschenrechte werden auch im Rahmen eines sogenannt grünen Energieprojekts in Norwegen missachtet – mit Beteiligung zweier Schweizer Unternehmen. Mit einer Petition fordert die GfbV, dass die Unternehmen das Windkraft-Projekt nicht auf Kosten der Indigenenrechte fortzuführen (Seite 7). Denn was ist neu und grün an solchen Projekten, wenn sie die Unterdrückung Indigener und lokaler Gemeinschaften und Umweltzerstörung fortführen? Dazu äussert sich der Indigene Aktivist und Wissenschaftler Edson Krenak im Interview.*

*Wir wünschen eine vielseitige Lektüre!*

Christoph Wiedmer, Co-Geschäftsleiter GfbV

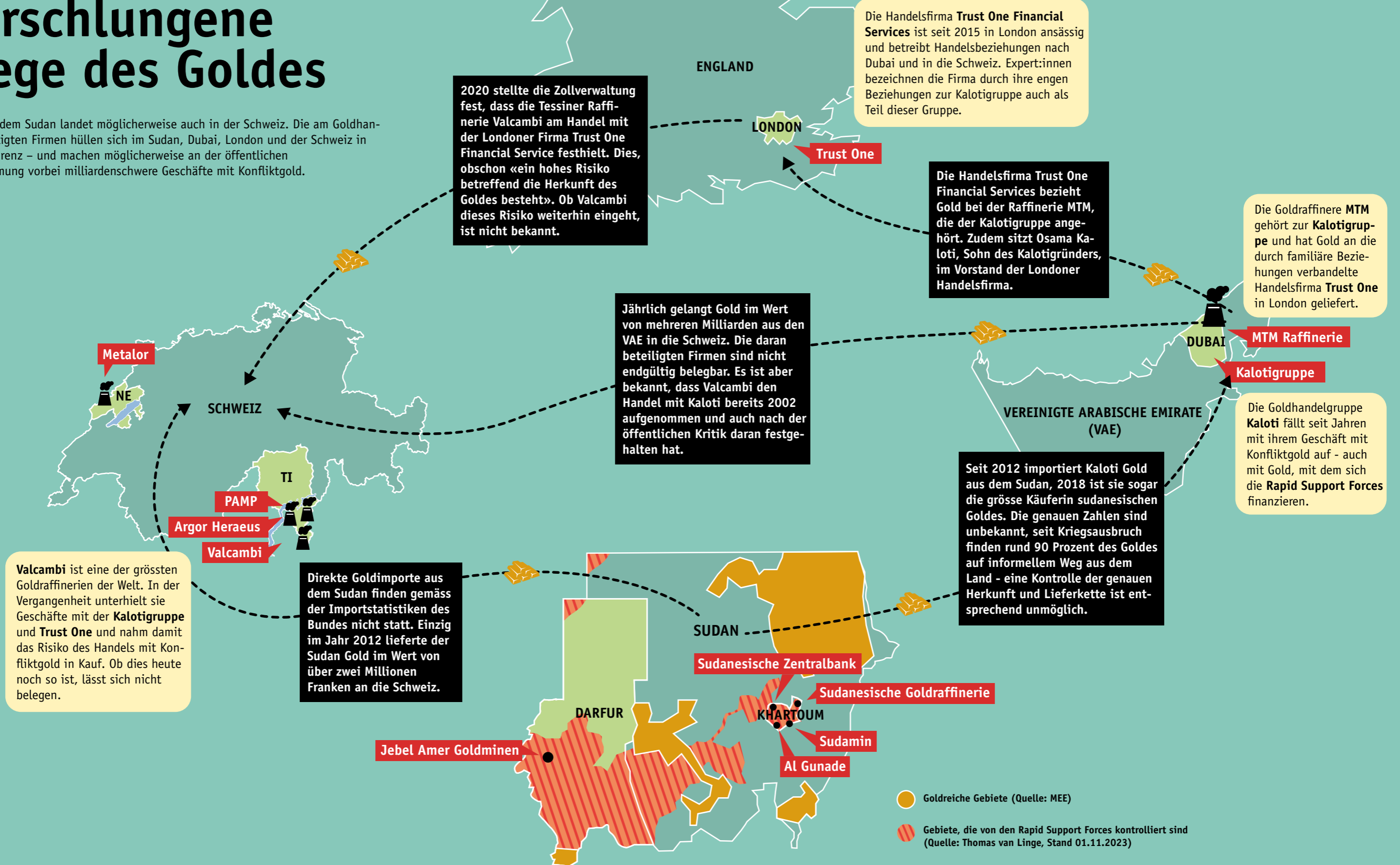
#### IMPRESSUM

VOICE 4, Dezember 2023 **Herausgeber:in**: Gesellschaft für bedrohte Völker, Birkenweg 61, CH-3013 Bern, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch  
**Spendenkonto**: Berner Kantonalbank (BEKB): IBAN CH05 0079 0016 2531 7232 1  
**Redaktion**: Reta Barfuss und Dominique Schärer  
**Layout**: Tania Brügger Márquez  
**Mitarbeit an dieser Nummer**: Reta Barfuss, Fabienne Krebs, Selina Morell und Tabea Willi  
**Erscheinungsweise**: vierteljährlich  
**Auflage**: 5000 Exemplare  
**Druck**: Mattenbach AG; gedruckt auf Plano Speed  
**Abonnement**: CHF 30.–/Jahr (wird jährlich einmal von Ihrer Spende abgezogen)  
**Mitgliederbeitrag**: mindestens CHF 80.–/Jahr  
**Titelbildfoto**: alamy



# Verschlungene Wege des Goldes

Gold aus dem Sudan landet möglicherweise auch in der Schweiz. Die am Goldhandel beteiligten Firmen hüllen sich im Sudan, Dubai, London und der Schweiz in Intransparenz – und machen möglicherweise an der öffentlichen Wahrnehmung vorbei milliardenschwere Geschäfte mit Konfliktgold.



2012 -----> 2016 -----> 2018 -----> 2019 -----> 2019 -----> 2022 -----> 2023

- 2012** Start der «No Dirty Gold!»-Kampagne. Mit diversen Aktionen fordert die GfbV den Einfuhr-Stopp von schmutzigem Gold in die Schweiz.
- 2016** Die GfbV protestiert an der weltgrössten Schmuck- und Uhrenmesse «Basel World» gegen die Verarbeitung von schmutzigem Gold in Schmuck und Uhren.
- 2018** Die GfbV veröffentlicht einen Goldbericht und deckt damit Importe von Konfliktgold aus Peru und Dubai auf. Daraufhin sinken die Goldimporte aus Dubai deutlich.
- 2019** Die peruanische Staatsanwaltschaft geht wegen Geldwäscherei und illegalem Goldabbau gegen einen ehemaligen Zulieferer der Schweizer Raffinerie Metalor vor.
- 2019** Die GfbV forderte Einsicht in die detaillierte Goldhandelsstatistik. Die Oberzolldirektion unterstützt es, doch die Goldraffinerien reichen beim Bundesverwaltungsgericht Rekurs ein.
- 2022** Nach dem Besuch einer Delegation aus dem Amazonas verurteilen Goldraffinerien und die Schweizerische Vereinigung der Edelmetallfabrikanten und -händler öffentlich den illegalen Bergbau.
- 2023** Am 15. November entscheidet das Bundesgericht, dass die Schweizer Raffinerien ihre Goldlieferanten weiterhin nicht offenlegen müssen.

## Der Schmerz der uigurischen Frauen

FOTO: RENÉ TORRES



Die Uigurin Gulbahar Jalilova kämpft seit ihrer Freilassung aus dem sogenannten Umerziehungslager für die Anerkennung der Menschenrechtsverbrechen, die sie und tausende andere Frauen in diesen Lagern erleben.

**Das chinesische Regime begeht massive Menschenrechtsverletzungen an der uigurischen Gemeinschaft. Diese betreffen Frauen ganz besonders: Das Bestreben der chinesischen Regierung, die uigurische Kultur langfristig auszulöschen, zielt primär auf die brutale Kontrolle des weiblichen Körpers ab. In seiner diesjährigen Überprüfung der Volksrepublik China hat der UN-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau seine Sorge über die Situation der Uigurinnen geäussert.**

Die Uigurin Gulbahar Jalilova und bis zu 50 andere Frauen, die in einer engen Zelle eingesperrt waren, mussten regelmässig ihre Arme durch eine kleine Öffnung in der Zellentür strecken. Daraufhin wurde ihnen eine ihnen unbekannt Substanz injiziert. Die Frauen stellten nach einer Weile fest, dass ihre Periode ausblieb. Jalilova erzählte dies 2019 gegenüber dem französischen Sender France 24, als sie über die Zeit in einem chinesischen Umerziehungslager sprach, in dem sie über ein Jahr inhaftiert war.

Mehrigul Tursun erlebte ähnliche frauenspezifische Formen der Unterdrückung in einem chinesischen Umerziehungslager: Während ihrer Inhaftierung im Jahr 2017 erhielt sie einen Medikamentencocktail. In den USA, wo sie mittlerweile lebt, erfuhr sie von Ärzt:innen, dass sie sterilisiert worden war. Auch Gulbahar

Haitiwaji, die auf Einladung der GfbV 2022 in die Schweiz reiste und von ihren Erlebnissen im Lager erzählte, berichtete über solche Zwangssterilisationen.

### Die uigurische Kultur ist bedroht

Mittels erzwungen Geburtenkontrollen will die chinesische Regierung die Zahl der uigurischen Bevölkerung langfristig senken. Der Staat unterzieht daher Uigurinnen auch ausserhalb der Umerziehungslager regelmässig Schwangerschaftskontrollen und zwingt Hunderttausende von ihnen zum Einsatz von Spiralen, Sterilisationen und sogar Schwangerschaftsabbrüchen.

Aus publik gewordenen Regierungsdokumenten geht hervor, dass die chinesische Regierung die Lokalbehörden angewiesen hatte, uigurische Frauen und Frauen anderer Minderheiten, die gegen die Geburtenkontrolle verstiessen, mit der Internierung in einem Umerziehungslager zu bestrafen. Mittlerweile ist dies auch der am häufigsten genannte Grund für die Internierung uigurischer Frauen.

Dies hat Folgen: Analysen deuten darauf hin, dass das Bevölkerungswachstum in Ostturkestan in den letzten Jahren dramatisch zurückgegangen ist: Die Wachstumsraten in den beiden grössten uigurischen Präfekturen sank zwischen 2015 und 2018 um 84 Prozent. Frauen sind am stärksten von der Politik der

schleichenden Auslöschung der uigurischen Bevölkerung betroffen – die Politik zielt direkt auf ihre Körper ab.

### Auch die UNO äussert Bedenken

Die frauenspezifische Unterdrückung der Uigur:innen wurde dieses Jahr auch im Rahmen der UNO thematisiert. Neben den unterschiedlichen Formen der Geburtenkontrolle sprach der UN-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau bei seiner diesjährigen Überprüfung Chinas auch über interethnische Zwangsehen uigurischer Frauen und von sexualisierter Gewalt in sogenannten Berufsbildungszentren für uigurische Frauen.

Uigurinnen werden zudem unter enormen Druck in entfernte Regionen Chinas zur Arbeit gezwungen. Im Rahmen solcher staatlich verordneter Programme zur «Armutsbekämpfung» werden sie nicht nur ausgebeutet, sondern sollen auch an die Mehrheitskultur der grössten ethnischen Gruppe in China, den Han, angepasst werden. Die chinesische Regierung behauptet, dass diese Programme auf freiwilliger Teilnahme beruhen. Aber viele Quellen deuten auf das systematische Vorhandensein zahlreicher Zwangselemente hin – und machen deutlich, dass Uigurinnen und Frauen anderer Minderheiten auch weiterhin im Zentrum des harten Vorgehens von Xi Jinping in der Minderheitenpolitik zählen werden.

Bei einem Side-Event am 28. September an der diesjährigen Session des UN Menschenrechtsrates in Genf hat die GfbV gemeinsam mit dem Weltkongress der Uiguren und der Genfer NGO International Service for Human Rights, ISHR, die Situation der Frauen in China thematisiert. Dabei legten vier Frauen Zeugnis ab: Nebst Pema Doma, einer tibetischen Aktivistin von Students for a Free Tibet, Linda Wong, einer Anwältin aus Hongkong und und Faye Chen, einer Menschenrechtsverteidigerin aus China, die aus Sicherheitsgründen unter anderem Namen und ohne Bild auftrat, nahm auch die Uigurin Zumretay Arkin vom Weltkongress der Uiguren teil.

Text: **Selina Morell**, Programmleiterin China

## Schweizer Unternehmen müssen sich für Rückbau von Windrädern einsetzen

Mit einer Petition unterstützt die GfbV die Südsaami Gemeinschaften in Norwegen: Die beiden Schweizer Unternehmen EIP und BKW müssen sich endlich für den Rückbau der illegalen Windkraftanlagen und die Renaturierung der Gebiete einsetzen. Vor über zwei Jahren entschied das höchste Gericht Norwegens, dass die Windkraftanlagen im Gebiet Storheia und Roan auf der Fosen-Halbinsel gegen die Menschenrechte der dort lebenden Saami verstossen. Doch die Anlagen sind noch immer in Betrieb und generieren Umsatz.

ILLUSTRATION: TANTA BRÜGGER



Die Rentiere meiden die Turbinen und überqueren die unzähligen Zufahrtsstrassen nicht, die seit dem Bau des sogenannten grünen Energieprojekts das Gebiet zerschneiden.

Genau zwei Jahre nach dem Gerichtsurteil riefen Anfang Oktober in Norwegen Saami-Organisationen und Umweltverbände zu Protesten auf. Hunderte Saami- und Umweltaktivist:innen besetzten mit saamischen Zelten eine Hauptstrasse in Oslo und forderten, dass dem Urteil endlich Taten folgen. Denn die illegalen Windturbinen stehen mitten auf den letzten verbliebenen Winterweiden und bedrohen die Rentierzucht – und damit das wirtschaftliche und kulturelle Leben der Indigenen Rentierzucht-Gemeinschaft Fovsen Njaarke.

Zeitgleich mit den Protesten in Norwegen lancierte die GfbV gemeinsam mit Campax eine Petition, um die beiden Schweizer Unternehmen, Berner BKW Energie AG und Energy Infrastructure Partners (EIP) mit Sitz in Zürich, an ihre Verantwortung zu erinnern. Die beiden Unternehmen, die sich im Konsortium «Nordic Wind Power DA» zusammengeschlossen haben, besitzen beziehungsweise verwalten zusammen 40 Prozent an den Betreiberfirmen «Fosen Vind DA» und «Roan Vind DA». Der BKW gehören rund 11.2 Prozent, und die EIP verwaltet über einen Fonds 28.8 Prozent der Windkraftanlagen. Wessen Geld EIP dabei verwaltet, wurde auch auf Nachfrage nicht bekanntgegeben.

Damit tragen die beiden Unternehmen auch für die Menschenrechtsverletzungen eine Mitverantwortung. Die GfbV wird sich weiterhin zusammen mit den Saami Partner:innen dafür einsetzen, dass sie diese endlich wahrnehmen.

Text: **Tabea Willi**, Programmleiterin Arktis

**Zur Petition:**  
<https://act.campax.org/petitions/bkw-eip-fosen-vind-de>



## Ohne Mut voraus: Die Chinapolitik des Bundesrates

Der Bundesrat wird die thematischen Sanktionen der EU gegen China nicht übernehmen. Den Entscheid hat er fast ein Jahr lang verschwiegen, nachdem er diesen bereits im Dezember letzten Jahres getroffen hatte. Mit seiner mutlosen Politik verharmlost der Bundesrat die massiven Menschenrechtsverletzungen in Tibet, Ostturkestan und der Inneren Mongolei.

Thematische Sanktionen sind ein Instrument der EU, um bei schweren Menschenrechtsverletzungen gezielt Massnahmen gegen Organisationen oder Personen ergreifen zu können. Im Frühling 2021 wurden in diesem Rahmen vier chinesische Funktionäre und ein chinesisches Unternehmen wegen ihrer Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen gegen die Uigur:innen sanktioniert: Sie dürfen nicht mehr in die Mitgliedstaaten der EU einreisen und allfällige Vermögen in der EU werden eingefroren. Damit setzte die EU ein klares Zeichen.

Norwegen und Island übernahmen die Sanktionen innerhalb weniger Wochen, der Bundesrat aber reagierte zurückhaltend: Es müssten zuerst verschiedene rechtliche Fragen geklärt werden – und entschied sich schliesslich gegen die Übernahme des EU-Instruments. Damit isoliert sich die Schweiz noch stärker von seinen wichtigsten Handelspartner:innen in der EU. Und es zeigt einmal mehr, dass die Schweiz aus Sorge um den Zugang zum chinesischen Markt vor der chinesischen Regierung kuscht.

Der Entscheid des Bundesrats wurde erst diesen Herbst durch die NZZ am Sonntag publik gemacht. Pikant: Er war schon im Dezember 2022 gefallen, wurde aber nicht kommuniziert. Mit der fehlenden Kommunikation bringt der Bundesrat die Öffentlichkeit ausserdem um eine wichtige Debatte rund um die Menschenrechtssituation in China und umgeht damit öffentliche Kritik an seiner Chinapolitik.

Text: **Fabienne Krebs**, Programmleiterin Wirtschaft und Menschenrechte und **Selina Morell**, Programmleiterin China



## «Land gehört zu uns, so wie wir zum Land gehören»

**Edson Krenak ist Teil brasilianischer und internationaler Indigener Bewegungen. Er sprach mit uns über den verbleibenden Kolonialismus und macht deutlich, dass es in Zeiten globaler Krisen ein Umdenken braucht: Unternehmen dürfen keine Profite auf Kosten Indigener Gemeinschaften machen, auch nicht im Namen der sogenannten grünen Wirtschaft.**

Interview: **Reta Barfuss**, Praktikantin Kommunikation / Foto: **Daniel Auer**

### **Sie betonen die Bedeutung einer internationalistischen Perspektive für Indigene Bewegungen in Brasilien. Inwiefern ist diese relevant?**

Die Probleme der Indigenen Gemeinschaften in Brasilien sind durch wirtschaftliche, kulturelle, politische und soziale Einmischung aus dem Ausland sowie durch das Scheitern des brasilianischen Staates beim Schutz und bei der Gewährleistung ihrer Rechte verursacht. Ich gebe ein Beispiel: Oftmals sind es internationale Kooperationen, die die Abholzung und den Landraub in unseren Territorien und die Bergbauaktivitäten finanzieren, die unsere Landschaften und unsere Umwelt zerstören. Und der Staat, der unseren Schutz garantieren sollte, ist nur eine Art Marionette, die für diese internationalen Konzerne arbeitet. Das zu erkennen ist zentral für den Kampf für die Rechte Indigener Gemeinschaften und gegen den verbleibenden Kolonialismus, der in unsere Gebiete, unser Leben, unsere Körper eindringt.

### **Was meinen Sie mit verbleibendem Kolonialismus?**

Mit dem Kolonialismus entstand eine dominierende utilitaristische Sicht auf den Planeten. Der Planet scheint ein Ort, der ausgebeutet und in Profit umgewandelt werden kann. Das Herzstück dieser Sichtweise ist die Idee des Eigentums. Wenn man etwas besitzt, kann man es nutzen, mit ihm handeln, es kontrollieren oder zerstören und sogar wegwerfen. In dieser Weltanschauung hat alles, auch das Leben, seinen monetären Preis.

### **Die grüne Transition soll zu einer nachhaltigeren Lebensweise führen – doch Sie kritisieren diese ebenfalls. Können Sie ihre Kritik erklären?**

Indigene Gemeinschaft und Minderheiten leiden bereits heute unter der Klimakrise und deren Folgen auf ihren Gebieten. Die grüne Wirtschaft bringt jedoch keine Veränderung: Ihre Ziele stimmen mit der traditionellen kapitalistischen Wirtschaft überein, die das Wachstum über alles andere stellt. Nehmen wir das Beispiel der Elektromobile: Das Ziel der Elektromobilhersteller ist in erster Linie nicht die Beendigung der Nutzung fossiler Brennstoffe. Es ist die Steigerung ihres Profits. Das ist eine schlechte Gleichung. Können wir das als neu und gut bezeichnen, wenn dieselben

Grosskonzerne ihren Profit erneut auf Kosten Indigener Gemeinschaften steigern? Es ist besorgniserregend, dass Politiker:innen und die Zivilgesellschaft die Pläne dieser Konzerne verteidigen.

### **Was wäre für Sie ein gerechter Übergang?**

Es braucht ein Umdenken. Reiche Länder können nicht immer weiterwachsen, während so viele Menschen in Armut leben, in Hungersnot, ohne Zugang zu Gerechtigkeit, Nahrung, Wasser, Bildung, grundlegenden Menschenrechten.

Und dann muss das Selbstbestimmungsrecht Indigener Menschen respektiert, aber auch das Indigene Wissen und die Beziehung zu den Territorien unterstützt und verteidigt werden. Denn in der Indigenen Beziehung gehört Land nicht uns. Es gehört zu uns, so wie wir zum Land gehören. Das ändert alles, denn wir können es nicht benutzen, es ist eine Beziehung der Fürsorge. Wir sehen unsere Ressourcen, unserer Nahrungsquelle, unser Wasser, unsere Luft als ein Geschenk an, das wir geniessen und zurückgeben sollten. Das ist eine antikoloniale Art, das Land zu sehen.

**Edson Krenak** ist Nachfahre der Indigenen Krenak in Brasilien. Er arbeitet seit über 15 Jahren in Brasilien sowie weltweit mit Indigenen Bewegungen. Momentan macht Krenak in Wien ein Doktorat in Rechtsanthropologie: Das Fach vereint zwei Bereiche, die für Indigene Gemeinschaften strategische Bedeutung haben.